

IV. Die Krise der „Sozialfaschismus“-Doktrin

Die Auseinandersetzungen zwischen den Kommunisten in Berlin und Moskau über die Frage der „revolutionären Perspektive“ und der politischen Gewalt zeigen, wie schwer es der Komintern fiel, die KPD auf dem schmalen Grat zwischen Aufruhr und Aufstand zu halten. Weil den Kommunisten permanent Gewalt und Bürgerkrieg gepredigt wurden, hatte sich dieser Diskurs tief in die Mentalität vieler Funktionäre eingegraben und zudem Gruppen angezogen, die für diese Sprache der Gewalt besonders empfänglich waren und darauf drängten, sie auch in die Tat umzusetzen. Und nicht zuletzt waren die Bolschewiki selbst innerlich gespalten zwischen ihrer Sozialisation als Berufsrevolutionäre und der realpolitischen Erkenntnis, dass mit einem „vorzeitigen“ Aufstand wie dem des Jahres 1923 weder der KPD noch der Sowjetunion gedient wäre.

Die Erkenntnis, dass sich die KPD zunächst um eine Mehrheit in den „ausschlaggebenden Schichten des Proletariats“ bemühen müsse, bevor sie daran denken könne, eine Revolution durchzuführen, machte der Komintern aber auch bewusst, dass sich dieses Ziel nicht erreichen ließ, wenn man große Teile der Arbeiterschaft als „Sozialfaschisten“ diffamierte. Aus diesem Grunde wurde zur Jahreswende 1929/30 eine taktische Kursänderung vollzogen. Diese Kursänderung wäre nur eine unter vielen anderen, wenn sich an ihr nicht zweierlei besonders deutlich zeigen ließe: Erstens führt dieses taktische Manöver vor Augen, welches großes Risiko offizielle Politikwechsel aus Moskauer Sicht darstellten, konnten sie doch missverstanden und vor allem in ihrer Tragweite überschätzt werden. Mit anderen Worten: Wie jeder Politikwechsel barg auch dieser die Gefahr, dass Funktionäre über das Ziel hinausschossen und zu „Abweichlern“ wurden. Zweitens lässt sich an diesem Beispiel ein erster, ins Grundsätzliche zielender Konflikt zwischen der KPD-Spitze und den Bolschewiki ablesen.

Die Auseinandersetzung entstand, weil die deutschen Führungsfunktionäre damals daran zu zweifeln begannen, ob sich mit der „Sozialfaschismus“-Doktrin die soziale Wirklichkeit in Deutschland angemessen beschreiben ließe. Diese Zweifel wurden durch den damaligen rasanten Aufstieg des Nationalsozialismus und das Ende der SPD-geführten Koalition unter Reichskanzler Hermann Müller verstärkt. Zwischen deutschen Kommunisten und sowjetischen Bolschewiki war damals nicht nur umstritten, wie Sozialdemokratie und Nationalsozialismus zu bewerten seien, sondern auch, wodurch sich überhaupt eine „faschistische Diktatur“ auszeichnete. Diese Streitpunkte waren nicht bloß scholastischer Natur: Sie veranschaulichten, wie die Wahrnehmungen der Ereignisse in Deutschland in Berlin und Moskau zunehmend auseinander klafften.

Wie schon das vorige Kapitel gezeigt hat, wäre es jedoch falsch, daraus zu folgern, die deutschen Kommunisten hätten eine durchgehend „realistischere“ Sichtweise vertreten. Wie zu zeigen sein wird, bemühten sie sich, um diese Meinungsverschiedenheiten zu kompensieren, vielmehr weiterhin, sich von niemandem in ihrer Linientreue übertreffen zu lassen.

1. Der halbherzige Kampf gegen „ultralinke“ Tendenzen

Es war für die Moskauer Funktionäre eine anspruchsvolle Aufgabe, einen Kurswechsel einzuleiten, ohne die eigene Position öffentlich zu revidieren. Das EKKI suchte sich daher zunächst einen Sündenbock, an dem sich ein Exempel gegen die „ultralinke“ Politik statuieren ließ. Dafür bot sich die Kommunistische Jugendinternationale (KJI) an, deren Plenum Ende November 1929 tagte, da in den Jugendorganisationen die radikaleren Kräfte besonders stark vertreten waren. In seiner Rede vor den Delegierten kritisierte Manuilskij nun die Tendenz vieler Funktionäre zum „kleinbürgerlichen Radikalismus“.¹ Manuilskijs Auftritt, den er zuvor mit Stalin besprochen hatte², verursachte unter den Delegierten große Empörung: Sie warfen Manuilskij vor, der „rechten Abweichung“ verfallen zu sein. Angesichts des ungelösten Konflikts zwischen Komintern und KJI schrieben Khitarov, der Chef der KJI, und die Delegation des EKKI unabhängig voneinander jeweils einen Brief an Stalin, damit dieser den Streit jeweils in ihrem Sinne löse. Wie Pjatnickij kurz darauf Molotov berichtete, stellte sich Stalin erwartungsgemäß nicht nur eindeutig auf die Seite des EKKI, „sondern formulierte die Gefahr der ‚linken‘ Kinderei noch hundert mal schärfer. Er fügte zudem Korrekturen hinzu, in denen er die Führung der KJI als einen exklusiven Zirkel ‚linker‘ Schrehälse beschimpfte.“³ Der Brief Pjatnickijs ist im Übrigen ein bemerkenswertes Dokument dafür, wie Stalin als Schiedsrichter Richtungsentscheidungen treffen konnte, ohne selbst von sich aus aktiv zu werden.

Für Remmele, der als Mitglied der EKKI-Delegation an den Verhandlungen vor und hinter den Kulissen des KJI-Plenums teilgenommen und zudem mitbekommen hatte, dass Stalin persönlich hinter diesem Kurswechsel stand, waren diese Auseinandersetzungen ein deutliches Zeichen an die deutschen Kommunisten, ihre Politik ebenfalls zu mäßigen. Nach Berlin schrieb er eiligst:

„Wichtige Entscheidung im innerparteilichen Kurs. Auf dem Jugendplenum wurde von der Komintern die Losung Kurs gegen ultralinke Krankheiten ausgegeben. Studiert sofort alle Materialien. Lasst Euch von den zurückkehrenden Jugendgenossen Bericht erstatten. An Teddi [d. i. Thälmann] habe ich die Resolution gesandt.“⁴

Das Plenum der KJI wurde somit zum Ausgangspunkt für eine taktische Kurswende der deutschen Kommunisten. Remmeles Brief zeigt, dass die KPD keine direkten Befehle aus Moskau brauchte, sondern dass sich ihre Vertreter bemühten, die Rauchzeichen zu lesen, um eine Politikwende zu antizipieren, bevor sie ihr offiziell verordnet wurde.

¹ Diese Rede vor dem V. Kongress der KJI ist abgedruckt in: Die Kommunistische Internationale 10 (1929), S. 1811–1815.

² Am 28. 11. 1929 war Manuilskij zwischen 13.50 und 14.15 Uhr bei Stalin, vgl. Korotkov, Posetiteli kremlevskogo kabineta I. V. Stalina, Teil I, S. 18.

³ Brief Pjatnickijs an Molotov vom 6. 12. 1929, RGASPI 495/19/236: 86–88, hier: 86 f.

⁴ Brief Remmeles an Sekretariat des ZK der KPD vom 6. 12. 1929, RGASPI 495/292/44: 262. Remmele arbeitete zu dieser Zeit in Vertretung für den deutschen Vertreter der KPD beim EKKI, Ulbricht, der sich im Urlaub befand.

Freilich ist „Wende“ ein zu starkes Wort für das, was eigentlich bezweckt war, nämlich gewissermaßen eine Feinjustierung. Denn am „strategischen“ Ziel der KPD änderte sich ja nichts – von nun an sollte bei der Beschimpfung der Sozialdemokratie lediglich zwischen deren Führung und ihren einfachen Mitgliedern unterschieden werden, um letztere auf die Seite der KPD zu ziehen. Wenn auch die Parteilinie somit nur geringfügig modifiziert worden war, kam es dennoch in den folgenden Wochen zu einem scharfen Konflikt zwischen Paul Merker und den übrigen Mitgliedern der Parteiführung. Denn Merker weigerte sich, die jüngste argumentatorische Pirouette nachzuvollziehen und verharrte stattdessen auf der alten Linie, derzufolge die Sozialdemokraten insgesamt dem „faschistischen Lager“ angehörten. Ein Bericht des deutschen Politbüros stellte Merkers Verhalten später so dar:

„Wenn irgendwo von Sozialdemokratie und von sozialdemokratisch oder von Reformisten oder reformistisch gesprochen wurde, [...] erhob er die Anklage des Brandlerismus und der Abweichung von der Linie der Komintern und von den Parteitagbeschlüssen, die angeblich nur den Terminus ‚Sozialfaschismus‘ zulassen.“⁵

Was aus Sicht des Politbüros Ausfluss einer „fixen Idee“ Merkers war⁶, bildete für diesen die Grundlage seines politischen Denkens: Seiner Meinung nach war die Sozialdemokratie eine durchgehend „reaktionäre Masse“, eine „Arbeiteraristokratie“ gegen die ein – so wörtlich – „Vernichtungskampf“ geführt werden müsse.⁷ Anders als die übrigen Mitglieder der KPD-Führung wollte er auch nichts von dem Gedanken wissen, die einzelnen SPD-Mitglieder könnten möglicherweise bloß auf „Abwege“ geraten sein. An Franz Dahlem schrieb er, es sei „unmöglich, ein ehrlicher Arbeiterfunktionär und gleichzeitig ein Mitglied der SPD zu sein“.⁸

Als die KPD Ende Februar 1930 vom Erweiterten Präsidium damit beauftragt wurde, in ihren Reihen „revolutionäre Phrasen“ zu bekämpfen⁹, wertete die KPD-Führung um Thälmann dies als Bestätigung der taktischen Kurswende vom Dezember 1929. Kaum nach Berlin zurückgekehrt, machten sich Thälmann, Remmele und Neumann daher daran, die „vielen Entgleisungen, Übertreibungen und Überspitzungen in der Parteipresse“ und „die verschiedenen neuen Theorien einiger Genossen in der Gewerkschaftsabteilung“ – also diejenigen von Paul Merker – zusammenzustellen und zu verurteilen.¹⁰

⁵ Interner Bericht des Politbüros der KPD „Über den Konflikt des Gen. Merker mit der Parteileitung der KPD“ vom 10. 4. 1930, SAPMO-BArch RY 1-1/2/5/9: 133–178, hier: 137.

⁶ Ebenda.

⁷ Vgl. Merker, Das nächste Kettenglied, hier: S. 66 f.

⁸ Brief Merkers an Dahlem vom 21. 2. 1930. Zitiert nach: Kinner, Der deutsche Kommunismus, S. 160. Paul Merker, Klare Fronten unten wie oben, in: Rote Fahne vom 22. 2. 1930.

⁹ Zitiert nach: Carr, Twilight of Comintern, S. 11. Vgl. dazu auch den Bericht „Kampf gegen die Abweichungen in der Komintern“ vom 22. 5. 1930, in dem auf die vor dem Plenum weitverbreiteten „linken Abweichungen“ in verschiedenen Parteien West- und Mitteleuropas verwiesen wird, RGASPI 495/18/845: 38–46.

¹⁰ Vgl. den internen Bericht des Politbüros der KPD „Über den Konflikt des Gen. Merker

Im Klartext bedeutete dies, dass Merker zunehmend ins Fadenkreuz der übrigen deutschen Spitzengenossen geriet. Remmele nahm in einer Reihe langatmiger Artikel, „eine konkretere Behandlung der linken Abweichung“ vor.¹¹ Ohne dass Merkers Name erwähnt wurde, war an der Auswahl der Zitate klar zu erkennen, dass es sich bei dem von Remmele verspotteten „Doktor Eisenbart“ um den Leiter der RGO handelte.¹²

Als Thälmann und Remmele mit dieser Attacke gegen Merker begannen, wählten sie sich im Einklang mit der Kominternführung.¹³ Neumann beschrieb nach Abschluss der Präsidiumssitzung das Verhältnis der deutschen Parteileitung zu den bolschewistischen Führungskadern in Moskau euphorisch mit den Worten: „Wohl niemals waren wir so befriedigt, niemals [gab es] soviel Anerkennung, Vertrauen, innere Verbundenheit, absolute politische und persönliche Unterstützung wie jetzt.“ Es sei eine „knorke deutsche Resolution“ verabschiedet worden.¹⁴

Weil sich aber die Kominternführung so unentschlossen und widersprüchlich verhielt, fühlte sich auch Merker als Vertreter der offiziellen Linie, und beschwerte sich in einem Brief an das Politsekretariat des EKKI in Moskau über die politischen Angriffe Remmeles. Merker drehte den Spieß nun um und denunzierte Remmele als „Abweichler“, dessen „Einschätzung des Sozialfaschismus vollständig der bisherigen Stellungnahme der Kommunistischen Internationale“ widerspreche und der somit bewusst die „ideologischen Schranken“ zwischen der Parteidoktrin und den Auffassungen der „rechten Liquidatoren und der Versöhler“ niederreiße.¹⁵

Die KPD-Führung reagierte heftig auf das Schreiben Merkers.¹⁶ In einem Telegramm an das Politsekretariat des EKKI bezeichnete das Sekretariat des ZK der KPD Merkers Verhalten am 4. April als „systematische Fraktionsarbeit“. Der Kominternführung wurde telegrafisch mitgeteilt, dass im Politbüro nun der Kampf gegen die „ultra-linken Parteifeinde“ eröffnet und Merker von der Leitung der Gewerkschaftsabteilung entbunden werde.¹⁷

mit der Parteileitung der KPD“ vom 10. 4. 1930, SAPMO-BArch RY 1-1/2/5/9: 133–178, hier: 139.

¹¹ Vgl. ebenda, und die Resolution des ZK der KPD vom 21. 3. 1930 „Über die Tagung des Präsidiums des EKKI und die Aufgaben der KPD“, in: Inprekorr 10 (1930), Nr. 29 (28. 3.), S. 713–715.

¹² Vgl. Remmele, Schritt halten! Der erste Teil erschien am 15. 3. 1930, der vierte und letzte am 15. 5. 1930.

¹³ Dass die Artikel Remmeles auch in Moskau durchaus als von der Komintern in Auftrag gegeben betrachtet wurden, lässt sich an dem Bericht „Kampf gegen die Abweichungen in der Komintern“ vom 22. 5. 1930 ablesen, RGASPI 495/18/845: 38–46.

¹⁴ Brief Neumanns an „Günther“ vom 1. 3. 1930, RGASPI 526/1/93: 45–46ob.

¹⁵ Brief Merkers an das PS vom 26. 3. 1930, RGASPI 495/19/522: 26–28. Am gleichen Tag schrieb Merker auch einen Brief an Thälmann, RGASPI 495/19/522: 13f., und das Sekretariat des ZK der KPD, RGASPI 495/19/522: 18f., in denen er sich ebenfalls über Remmeles Artikel beschwerte.

¹⁶ Am 27. 3. 1930 hatte die Komintern bereits ein Telegramm von Merker erhalten, in dem er den Konflikt gemeldet hatte, am 29. 3. 1930 bat Moskau das ZK der KPD telegrafisch um weitere Informationen, am 30. 3. 1930 kam Merkers Brief in Moskau an. Vgl. Brief Pjatinickijs an Stalin vom 1. 4. 1930, RGASPI 495/19/242: 31.

¹⁷ Telegramm des Sekretariats des ZK der KPD an das PS vom 4. 4. 1930, RGASPI 495/19/

In Moskau war man über die schnelle und eigenmächtige Entscheidung der KPD-Spitze gegen Merker jedoch wenig begeistert. Die Frage des Verhältnisses zu den Sozialdemokraten war aus Sicht der Komintern zu grundsätzlich, als dass man die KPD eigenständig darüber entscheiden lassen konnte. Pjatnickij hatte Stalin bereits von dem Konflikt berichtet und vorgeschlagen, „diese Frage im Büro der [russischen] Delegation zu besprechen“.¹⁸ Nachdem Stalin der deutschen Parteiführung zunächst telegrafisch mitteilen ließ, die Komintern sei über die „übermäßige Hast der Entscheidung [...] in der Merker-Remmele-Frage“ erstaunt und „empfehle“, die Entscheidung über Merker der Komintern zu überlassen¹⁹, begannen die Moskauer Mühlen zu mahlen: Zwei Wochen lang arbeitete das Mitteleuropäische Ländersekretariat des EKKI an einem Geschlossenen Brief an das ZK der KPD, dessen Entwürfe immer wieder Stalin vorgelegt wurden.²⁰

In der schließlich abgesandten Version des Briefes fiel die Kritik an Merker erwartungsgemäß lau aus. Letztlich sah die Komintern in seiner radikalen Einstellung lediglich „ein[en] Hemmschuh in der praktischen Überwindung der innerparteilichen Hauptgefahr – der rechten Gefahr“.²¹ Viel problematischer war aus Moskauer Sicht aber, wie Hermann Remmele den „Sozialfaschismus“ einschätzte. Zwar unterschied sich seine Position letztlich nur in taktischen Feinheiten von der Position Merkers, doch war Remmele nach Meinung der Komintern in seinem Kampf gegen „linke Überspitzungen“ über das Ziel hinausgeschossen: In der Sache stellte sich die Komintern daher faktisch auf die Seite Merkers, als sie Remmeles Artikel eine „nebelhafte und stellenweise sogar falsche Einstellung zur Frage des Sozialfaschismus“ unterstellte.²²

522: 56f. In russischer Sprache abgedruckt in: Ginberg, „Politsekretariat IKKI trebet“, S. 152f. Den entsprechenden Beschluss, Merker aus dem Sekretariat zu entfernen und aus der Gewerkschaftsabteilung des ZK abzuberufen, hatte das Sekretariat des ZK der KPD bereits am 1. 4. 1930 gefasst, nachdem es von Merkers Brief an die Komintern erfahren hatte, RGASPI 495/293/110: 33–36. Am 5. 4. 1930 wurde dieser Beschluss vom Politbüro des ZK der KPD vollzogen. Vgl. Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 152.

¹⁸ Vgl. Brief Pjatnickijs an Stalin vom 1. 4. 1930, RGASPI 495/19/242: 31.

¹⁹ Entwurf für ein Telegramm Pjatnickijs an Thälmann o.D. [6. 4. 1930], RGASPI 495/19/522: 5f. In russischer Sprache abgedruckt in: Ginberg, „Politsekretariat IKKI trebet“, S. 152. Ginberg datiert den Entwurf allerdings fälschlicherweise auf den 4. 4. 1930, wodurch nicht erkennbar ist, dass dieses Telegramm eine Reaktion auf das Telegramm der KPD vom 4. 4. 1930 ist und auf einem Entwurf von Stalin basiert. Über die Annahme des Telegrammentwurfes im Politsekretariat: Protokoll des PS des EKKI Nr. 81 vom 6. 4. 1930, RGASPI 495/2/211: 2. Die Autorenschaft Stalins ergibt sich aus einem Schreiben Pjatnickijs an Stalin vom 10. 4. 1930 über das Antworttelegramm Thälmanns vom 9. 4. 1930 (Schreiben an Stalin: RGASPI 495/19/242: 33; Telegramm von Thälmann: RGASPI 495/293/110: 72). Am 6. 4. 1930 erhielt die Komintern auch mehrere Telegramme von KPD-Mitgliedern, die gegen Merkers Absetzung protestierten. Auf der Abschrift findet sich die handschriftliche Notiz (russisch): „Übersetzen und den Genossen Molotov und Stalin schicken“, RGASPI 495/293/110: 58.

²⁰ Vgl. die Briefe Pjatnickijs an Stalin vom 15. und 25. 4. 1930, RGASPI 495/19/242: 34, 39.

²¹ Brief des PS an das ZK der KPD vom 26. 4. 1930, SAPMO-BArch RY 5-I 6/3/211: 1–8; die russische Fassung ist abgedruckt in: Ginberg, „Politsekretariat IKKI trebet“, S. 153–157.

²² Entwurf des Geschlossenen Briefes des PS an Sekretariat des ZK der KPD, Fassung vom 23. 4. 1930, RGASPI 495/3/163: 84–95, hier: 93–95.

Die Kritik Remmeles an Merker, für diesen gebe es „keine Sozialdemokratie und keine Sozialdemokraten mehr, sondern nur noch Sozialfaschisten und Sozialfaschismus“²³, hatte in Moskau die Sorge geweckt, die deutsche Parteileitung könne es mit der Differenzierung zu weit treiben und schließlich die prinzipielle Frontstellung gegenüber der SPD lockern. Auch wenn man in Moskau verstärkt die „Massenbasis“ der KPD verbreitern wollte, sollte darunter nicht das Grundaxiom der stalinistischen Kominternpolitik leiden. Der Geschlossene Brief des EKKI zum Merker-Remmele-Konflikt diene also vor allem dazu, der KPD-Führung eine verbindliche – und von Stalin persönlich abgesegnete – Definition des „Sozialfaschismus“ zu liefern. Der Begriff „Sozialfaschismus“, so wurde der KPD eingeschärft, diene nicht nur der „Bezeichnung einzelner Taten und Handlungen der Sozialdemokratie“, sondern vielmehr „ihres politischen Wesens als Partei“.²⁴ Remmele erwies sich schließlich als gehorsamer Parteisoldat: Im letzten Teil seiner Artikelserie, der am 1. Mai erschien, übernahm er die von höchster Stelle vorgegebene „Sozialfaschismus“-Definition beinahe wörtlich.²⁵

In der bisherigen Forschung ist die These vertreten worden, die „Sozialfaschismus“-Doktrin sei Anfang 1930 unter anderem aufgrund der innersowjetischen Fraktionskämpfe und der zeitweisen Abbremsung der Kollektivierung der Landwirtschaft modifiziert worden.²⁶ Doch anders als bislang vermutet, wurde die taktische Kurswende zur „Einheitsfront von unten“ nicht durch Stalins Artikel „Vor Erfolgen von Schwindel befallen“ initiiert, mit dem der Generalsekretär am 2. März 1930 die Kollektivierungskampagne zeitweilig abgebremsst hatte.²⁷ Wie die oben geschilderten Ereignisse verdeutlichen, war diese Wende vielmehr bereits gute zwei Monate vorher im Dezember 1929 auf der Tagung der Kommunistischen Jugendinternationale eingeleitet worden und fand somit in einem völlig entgegengesetzten politischen Kontext statt – nämlich wenige Wochen nachdem die vollständige Kollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft beschlossen worden war. Die taktische Wende von Komintern und KPD lässt sich auch nicht mit der Schelte Molotovs an die Adresse von „Beso“ Lominadze wegen dessen „linken“ Fehlern²⁸ in Verbindung bringen, die Stalins Adlatus auf dem ZK-Plenum

²³ Remmele, Schritt halten!, Teil I, S. 141.

²⁴ Geschlossener Brief des PS an das ZK der KPD vom 26. 4. 1930, SAPMO-BArch RY 5-I 6/3/211: 1–8, hier: 7.

²⁵ Vgl. Remmele, Schritt halten! Teil IV vom 15. 5. 1930, hier: S. 313: „Soweit eine unklare Stelle meines Artikels den Eindruck erwecken konnte, als bedeute der Sozialfaschismus lediglich eine *Bezeichnung für einzelne Taten und Handlungen der Sozialdemokratie*, betone ich ausdrücklich, dass der Sozialfaschismus der Ausdruck für den gesamten Charakter und das gesamte *politische Wesen der Sozialdemokratischen Partei* ist.“ (Hervorhebung B.H.)

²⁶ Vgl. insbesondere Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, S. 31 f.; Carr, Twilight of Comintern, S. 11–14; Weber, Hauptfeind, S. 26; Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 149.

²⁷ So vor allem Carr, Twilight of Comintern, S. 11 f., der einen direkten Zusammenhang zwischen der Resolution des Erweiterten Präsidiums des EKKI vom Februar 1930 und dem Artikel herstellt.

²⁸ Vgl. die entsprechende Bemerkung Molotovs in seiner Rede auf dem November-Plenum des ZK der VKP(b) am 13. 11. 1929, in: Danilov, Kak lomali NEP, Bd. 5, S. 216–234, hier: 222.

der VKP(b) Mitte November 1929 eher beiläufig ausgesprochen hatte: Diese Kritik hatte weder in der Komintern noch in der KPD nennenswerten Nachhall gefunden. Im Gegenteil – obwohl Heinz Neumann bereits im September 1929 von der damals noch intern geäußerten Kritik an Lominadze wusste – dessen „linker Tanz“ sei „vollkommen unsinnig und schädlich“, schrieb Neumann an Flieg²⁹ – sah der deutsche Kommunist darin kein Zeichen für die KPD, einen Politikwechsel einzuleiten. Somit wird deutlich, dass die Kominternführung zur Jahreswende 1929/30 ihre Politik also tatsächlich in erster Linie deshalb änderte, um die kommunistische Anhängerschaft auf Kosten der Sozialdemokratie zu erweitern.

Jede Äußerung aber, die darauf hindeutete, dass diese taktische Kursänderung nur um wenige Grad zu weit getrieben wurde und zur „Sozialdemokratisierung“ der KPD führen könnte, nahm die Kominternführung zum Anlass, den Kurs zu „korrigieren“ und die deutschen Kader zurechtzuweisen.

Obwohl die Komintern also scharf auf Übertretungen reagierte, zeigt insbesondere der Konflikt zwischen Merker und dem KPD-Politbüro, dass auch in Moskau keine genauen Vorstellungen bestanden, wo genau der schmale Grat zwischen „Sektierertum“ und „Opportunismus“ verlief. Die Tatsache, dass sich die Moskauer Funktionäre nur zu einer milden Kritik an Merker entschlossen, ist auch darauf zurückzuführen, dass dieser sich taktisch geschickt ausschließlich jenes schablonenhaften Vokabulars bediente, das aus Moskau vorgegeben worden war: Merkers Deutung, wonach die SPD 1918/19 einen historischen „Verrat“ an der Arbeiterschaft begangen habe, fügte sich nahtlos in die Verschwörungsdiskurse der Bolschewiki ein und entsprach dem Misstrauen der Moskauer Funktionäre gegenüber der breiten Masse der deutschen Arbeiterschaft, die in einem parlamentarischen System sozialisiert worden war.

2. Der Aufstieg der NSDAP und das Ende der Großen Koalition

Die Komintern hatte die deutsche Sozialdemokratie im Sommer 1929 auf dem 10. EKKI-Plenum zum „grundlegenden Träger der faschistischen Diktatur“ erklärt.³⁰ An dieser Behauptung war immerhin zutreffend, dass die SPD tatsächlich die staatstragende Partei der Weimarer Republik darstellte. Da die tatsächlich faschistischen und völkischen Parteien seit dem Scheitern des Hitlerputsches im Jahre 1923 in der parlamentarischen Öffentlichkeit kaum eine Rolle gespielt hatten, störte es die Kommunisten nicht, mit dem Begriff des „Faschismus“ wenig differenziert zu agieren. Die NSDAP spielte in ihren Augen schlicht keine Rolle.

Dies änderte sich allerdings spätestens mit der Kommunalwahl vom 17. November 1929, bei der die NSDAP teilweise aufsehenerregende Erfolge errang. Vor allem die Wahlergebnisse in der deutschen Hauptstadt wurden aufmerksam regis-

²⁹ Brief Neumanns an Flieg vom 21. 9. 1929, RGASPI 495/19/703: 1–8, hier: 4.

³⁰ So das MELS des EKKI noch einmal in dem Entwurf eines vertraulichen Briefes an das Sekretariat des ZK der KPD vom 13. 1. 1930, RGASPI 495/4/10: 34–49, hier: 43.

triert: Während die Nationalsozialisten in der Berliner Stadtverordnetenversammlung zuvor überhaupt nicht vertreten gewesen waren, zogen sie dort nun mit 13 Abgeordneten ein. Das waren zwar insgesamt nur so viel Mandate, wie die KPD hinzugewonnen hatte – sie stellte jetzt 56 Abgeordnete –, doch war die NSDAP nun selbst im „roten Berlin“ über den Status einer Splitterpartei hinausgewachsen.³¹

Eine gute Woche nach der Wahl trat die Kominternführung in Moskau zusammen, um den Bericht Hermann Remmeles zu dem Urnengang und insbesondere das Ergebnis in Berlin zu hören. Das Stenogramm dieser Sitzung vermittelt einen plastischen Eindruck davon, wie unvorbereitet der Erfolg der Nationalsozialisten die Komintern traf: Die meisten Funktionäre in Moskau waren überhaupt nicht mehr im Bilde darüber, um was für eine Partei es sich bei der NSDAP eigentlich handelte. Sie mussten von Remmele erst einmal darüber aufgeklärt werden, dass „die faschistische Bewegung“ in mehrere Strömungen aufgesplittet sei und diesmal „nur eine dieser Richtungen die ganze Wahlbewegung beherrscht“ habe: die „nationalsozialistische Partei“.³² Die Funktionäre wurden hellhörig, als Remmele erwähnte, dass die Nationalsozialisten in Berlin „gleich nach den Wahlen einen Brief an uns gerichtet haben, in dem sie uns zu einer Sitzung einladen, wo ein gemeinsames Zusammengehen im Stadtparlament besprochen werden sollte“.³³

Was die Kominternfunktionäre angesichts des Berliner Wahlergebnisses vom November 1929 hingegen zunächst viel stärker interessierte, war die theoretisch mögliche Mehrheit von SPD und KPD in der Stadtverordnetenversammlung. Während die so genannte Etatmehrheit der Großen Koalition aus SPD, DDP, DVP und Zentrum verloren gegangen war, hatten SPD und KPD trotz der Verluste der SPD ihre rechnerische Mehrheit von 116 auf nun 120 der insgesamt 225 Sitze ausbauen können.³⁴ Nachdem Remmele der Kominternführung die neuen Mehrheitsverhältnisse erläutert hatte, kam die Rückfrage: „Kommunisten und Sozialdemokraten zusammen haben die Mehrheit?“ worauf Remmele erwiderte: „Ja, aber keine regierungsfähige.“³⁵ Freilich war diese Mehrheit nur deshalb nicht regierungsfähig, weil sich die KPD auf die „Sozialfaschismus“-Doktrin festgelegt hatte. Und deshalb war den Kommunisten ein solches Ergebnis wie in Berlin überaus unwillkommen, saßen sie doch in einer Zwickmühle: Ihnen fiel es zunehmend schwer, gegenüber den eigenen Wählern zu rechtfertigen, weshalb sie sich in dieser neuen Lage einer Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten verweigerten.³⁶

³¹ Die Ergebnisse für Berlin insgesamt: SPD 64 Sitze (bisher 73), DNVP 40 (47), KPD 56 (43), DDP 14 (21), DVP 16 (14), Wirtschaftspartei 10 (10), Zentrum 8 (8), NSDAP 13 (0), drei weitere Parteien insgesamt 4 Sitze. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, 70. Bd. 1929, München 1930, S. 199.

³² Sitzung des PS vom 26. 11. 1929, RGASPI 495/3/135: 4–33, hier: 22.

³³ Ebenda.

³⁴ Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, 70. Bd. 1929, München 1930, S. 199.

³⁵ Alle Zitate aus der Sitzung des PS vom 26. 11. 1929, RGASPI 495/3/135: 4–33, hier: 22, 32.

³⁶ Pjatnickij in der Sitzung des PS vom 26. 11. 1929, RGASPI 495/3/135: 4–33, hier: 32. Vgl. dazu auch Kapitel VI.

Die Komintern interessierte sich jedoch noch nicht dauerhaft für die Nationalsozialisten. Zwar berief die Kominternführung im Dezember 1929 eine Sitzung des Mitteleuropäischen Ländersekretariates über die NSDAP ein³⁷, es wurde ein Gutachten über den „Nationalfaschismus“ in Auftrag gegeben³⁸ und die KPD-Führung gebeten, die Broschüre von Alfred Rosenberg über das Programm der Nationalsozialisten nach Moskau zu schicken.³⁹ Doch wurde der Nationalsozialismus überwiegend in den gewohnten materialistischen Denkschablonen analysiert. Sergej Gusev, der den ersten internen Bericht über die NSDAP kritisierte, weil darin nichts über den Antisemitismus dieser Bewegung gesagt worden sei⁴⁰, blieb mit seinem Interesse für diesen Aspekt des Nationalsozialismus allein. Sein späterer Nachfolger Knorin war dagegen überzeugt, dass die „Rassenfrage“ Hitler noch „am wenigsten interessiert“ habe.⁴¹ In dieser Fehleinschätzung, die von den meisten Funktionären in Moskau geteilt wurde, liegt eine wesentliche Ursache dafür, dass die Komintern nicht in der Lage war, die genuinen Züge des Nationalsozialismus zu analysieren oder ihn als *eigenständige* Bewegung überhaupt wahrzunehmen: Selbst als sich das MELS zur Jahreswende 1929/30 traf, um erstmals explizit über den Nationalsozialismus zu diskutieren, sprachen die Anwesenden binnen kurzer Zeit doch wieder nur über den „Sozialfaschismus“.⁴²

Die Komintern blieb Anfang 1930 zudem deshalb so hartnäckig auf die SPD fixiert, weil zu diesem Zeitpunkt kaum einer ihrer Funktionäre glaubte, dass die NSDAP fähig sei, ihre Wahlerfolge auch in politische Macht umzusetzen: Ob eine Partei als Gegnerin einzuschätzen sei, wurde in der Komintern vorrangig danach bemessen, wie wahrscheinlich ihre direkte oder indirekte Einbindung in die Regierung war und damit daran, ob sie sich also als „Werkzeug der Bourgeoisie“ einsetzen ließ. Die Basis der NSDAP erschien den Moskauer Funktionären als zu rebellisch, als dass sich die Partei in das politische System von Weimar einpassen ließe. In der Komintern wurde allgemein davon ausgegangen, dass die NSDAP vorrangig von „antikapitalistischen Elementen“ getragen werde – eine Einschätzung, die sich in einem anderen Zusammenhang noch als bedeutsam erweisen sollte – und sie somit schwerlich die Sozialdemokraten als wesentliche Stütze des Systems ablösen könne.⁴³

Die Frage, wie sich der Aufstieg der NSDAP auf das politische Gefüge in Deutschland auswirken würde, tauchte allerdings bald wieder auf Umwegen auf der politischen Tagesordnung der Kommunisten auf – und löste erneut einen Konflikt zwischen KPD und Komintern über die „Sozialfaschismus“-Doktrin

³⁷ Vgl. die Sitzung des MELS vom 31. 12. 1929/1. 1. 1930, RGASPI 495/28/42.

³⁸ Vgl. Brief Pfeiffers an Ulbricht vom 20. 1. 1930, RGASPI 495/25/498: 5. Das Ergebnis war möglicherweise der undatierte Bericht „Der Nationalfaschismus in Deutschland“, SAPMO-BArch RY 5/I 6/3/345: 1–3.

³⁹ Vgl. Brief Pfeiffers an das ZK der KPD vom 31. 1. 1930, RGASPI 495/25/498: 11.

⁴⁰ Stellungnahmen der Mitglieder des MELS des EKKI über den Bericht von Rosenthal über den Nationalsozialismus vom 11. 2. 1930, RGASPI 495/28/48: 4.

⁴¹ Vgl. „Sokolik“ [d. i. Knorin] in der Sitzung des MELS des EKKI am 22. 2. 1931, RGASPI 495/28/117: 102–113, hier: 112.

⁴² Vgl. die Sitzung des MELS vom 31. 12. 1929/1. 1. 1930, RGASPI 495/28/42.

⁴³ Vgl. z. B.: Heckert in der Sitzung des MELS vom 5. 1. 1930, RGASPI 495/28/52: 11.

aus. Hintergrund des Konfliktes war die Frage, wie lange sich die SPD-geführte Große Koalition halten könne. Das Kabinett von Reichskanzler Hermann Müller war sehr heterogen und daher durch interne Differenzen belastet. Heinz Neumann rechnete schon im September 1929 mit einem baldigen Bruch des Kabinetts. „Die Regierung Müller wird im Winter bestimmt aufliegen“, prognostizierte er in einem Brief an Leo Flieg und begründete seine Erwartung damit, dass die Sozialdemokraten nach der Beendigung der anstehenden Erwerbslosenreform in den Augen der „Bourgeoisie“ „ihre gegenwärtige Arbeit im Wesentlichen beendet“ haben würden.⁴⁴ Als die Spannungen in der Reichsregierung zur Jahreswende weiter wuchsen, spekulierte die *Rote Fahne* in ihrer Ausgabe vom 1. Januar 1930, die „Bourgeoisie“ werde ihr „Bündnis mit der Sozialdemokratie“ bald beenden und es – wie es im Sperrdruck hieß – durch „die nackte Politik der faschistischen Diktatur ersetzen“.⁴⁵

Diese Prognose ließ in der Komintern die Alarmglocken schrillen. Die Moskauer Funktionäre irritierte dabei nicht die übertriebene Schreckensvision, sondern die Tatsache, dass die *Rote Fahne* offen einräumte, dass die Sozialdemokratie keinesfalls der Gipfel der Unterdrückung war. Indem das KPD-Zentralorgan aber die Gleichsetzung von Sozialdemokratie und Faschismus in Frage stellte, entzog sie auch der „Sozialfaschismus“-Doktrin den Boden. Moskau legte daher großen Wert darauf, dass nicht prinzipiell zwischen Sozialdemokratie und Faschismus unterschieden wurde: In einem eilig verfassten Schreiben an die KPD-Führung wurde bemängelt, dass „ein einfacher Arbeiter“ aus den „unglücklichen Formulierungen“ der *Roten Fahne* nur herauslesen könne, „dass der Sozialfaschismus im Wesen etwas anderes ist als der Faschismus, dass er weniger gefährlich ist“.⁴⁶

Ganz so klar wurde dies in Berlin zu dieser Zeit zwar noch nicht gesehen – doch ein weiterer Artikel der *Roten Fahne*, in dem das Kabinett Müller als eine „Nicht-Regierung“ bezeichnet wurde, die eigentlich nur noch pro forma bestehe⁴⁷, war aus Moskauer Sicht ein abermaliges Indiz dafür, dass sich die KPD auf einem Abweg befand: Es sei „grundfalsch“ zu behaupten, so wurde der KPD-Spitze mit Bezug auf diesen zweiten Artikel mitgeteilt, „dass die Sozialfaschisten, der Mohr, seine Schuldigkeit der Bourgeoisie gegenüber bereits getan habe“, denn dann könne man ja zu dem Schluss kommen, dass nicht die Regierung Müller, „sondern irgend eine andere Regierung die Vollstreckerin der faschistischen Diktatur sein wird“.⁴⁸

⁴⁴ Brief Neumanns an Flieg vom 21. 9. 1929, RGASPI 495/19/703: 1–8, hier: 6. Zu den harten Auseinandersetzungen im Kabinett über die Reform der Erwerbslosenversicherung vgl. Winkler, Weimar, S. 352–354.

⁴⁵ *Rote Fahne* 1. 1. 1930 (Hervorhebung im Original), zitiert nach dem vertraulichen Brief des MELS des EKKI an das Sekretariat des ZK der KPD vom 13. 1. 1930, RGASPI 495/4/10: 34–49, hier: 43.

⁴⁶ Brief Heckerts und Gusevs an Sekretariat des ZK der KPD vom 12. 1. 1930, RGASPI 495/292/50: 8–12, hier: 9.

⁴⁷ *Rote Fahne* vom 15./16. 1. 1930.

⁴⁸ Brief Heckerts an Sekretariat des ZK der KPD vom 20. 1. 1930, RGASPI 495/292/50: 14–16, hier: 15.

In den folgenden Wochen und Monaten sollte sich zeigen, dass sich in der KPD in der „Sozialfaschismus“-Frage tatsächlich ein Sinneswandel abzuzeichnen begann. Zwar vollzog Thälmann nach dem Rüffel aus Moskau eine schon fast rituelle Unterwerfung: In einem Brief an Molotov erklärte der deutsche Parteivor-sitzende devot, die KPD-Führung sei „bedingungslos“ mit der Kritik aus Moskau einverstanden und versicherte, dass sich derartige „Fehler“ in der *Roten Fahne* nicht wiederholen würden.⁴⁹ Auch verurteilte das Politbüro der KPD wenige Tage später folgsam die „brandleristisch-versöhnlerische“ Auffassung, als bestünde ein prinzipieller Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Faschismus.⁵⁰ Doch waren dies nur Worte, die geschrieben worden waren, um den Moskauer Forderungen zu entsprechen. Die Differenzen hingegen blieben bestehen.

Diese Diskrepanzen wurden unter anderem durch die für die Komintern peinliche Tatsache geschürt, dass Moskau die politische Entwicklung in Deutschland falsch prognostiziert hatte: Noch im Januar 1930 war die KPD von der Komintern belehrt worden, dass die Sozialdemokratie „nicht so leicht aus der Regierung herausgehen“ werde, weil sie zu sehr „mit dem bürgerlichen Staat verwachsen“ sei⁵¹ – doch keine zwei Monate später zerbrach am 12. März 1930 die SPD-geführte Reichsregierung an ihren internen sozialpolitischen Gegensätzen.⁵²

Die KPD-Führung hatte diese Gegensätze schon früher erkannt und benannt, während sie von den Kominternfunktionären als prinzipiell unmöglich erklärt worden waren. Das Ende dieser Regierung ließ die Komintern daher ratlos zurück: Gusev charakterisierte das Auseinanderbrechen auf einer eigens anberaumten Sitzung des MELS als „unmotiviert“ und konnte sich, als Bolschewist in Verschwörungstheorien geübt, den Weg der SPD in die Opposition lediglich mit dem Einfluss ausländischer Regierungen erklären.⁵³

Angesichts der neuen innenpolitischen Lage in Deutschland stellte sich allerdings erneut die Frage, ob die „Antifaschismus“-Politik der KPD nicht überdacht werden sollte. Die deutschen Kommunisten zweifelten daran, dass es sinnvoll sei, eine Partei als „Hauptgegner“ zu bekämpfen, die im Reichstag auf der Oppositionsbank saß. Zudem war mit der NSDAP eine Partei aufgestiegen, deren radialer Antikommunismus von keiner anderen politischen Bewegung der Weimarer Republik übertroffen wurde. Remmele hatte bereits im November 1929 in seinem Bericht über Kommunalwahlen eine neue Prioritätensetzung gefordert: Die NSDAP sei „eine reaktionäre Partei, die wir am stärksten bekämpfen müssen“, hatte er damals festgestellt und hinzugefügt, dass diese Partei „in der Hauptsache die Front gegen die Kommunisten“ darstelle.⁵⁴

⁴⁹ Brief Thälmanns „An das PS! Zu Händen des Genossen Molotow!“ vom 28. 1. 1930, RGASPI 495/293/110: 1 f. In russischer Übersetzung wurde dieser Brief an Stalin weitergeleitet, RGASPI 558/11/817: 116–119.

⁵⁰ Resolution des Politbüros der KPD „zu den aktuellen Fragen unserer Politik“ vom 14. 2. 1930, SAPMO-BArch RY 1-I 2/3/10: 17 f.

⁵¹ Vgl. den Entwurf eines vertraulichen Briefes des MELS des EKKI an das Sekretariat des ZK der KPD vom 13. 1. 1930, RGASPI 495/4/10: 34–49, hier: 43.

⁵² Vgl. dazu zusammenfassend: Winkler, Weimar, S. 364–374.

⁵³ Gusev in der Sitzung des MELS vom 11. 4. 1930, RGASPI 495/28/59: 74–82, hier: 75.

⁵⁴ Remmele in der Sitzung des PS vom 26. 11. 1929, RGASPI 495/3/135: 4–33, hier: 19.

Es verwundert nicht, dass die Frage nach dem „Hauptgegner“ der Kommunisten und ihrem Verhältnis zur NSDAP den Konflikt zwischen Merker und Remmele neu aufflammen ließ. Merker hatte Anfang Mai 1930, also Wochen nachdem die Regierung Müller zerfallen war, in einem Aufsatz behauptet, der „Sozialfaschismus“ sei der größere und stärkere „Bruder“ des Nationalsozialismus; aus diesem Grunde sei der „Sozialfaschismus“ – trotz der Oppositionsrolle im Reich – als Werkzeug für die „Bourgeoisie“ unersetzlich und habe als einzige politische Kraft die Macht, eine faschistische Diktatur zu errichten.⁵⁵ Remmele kritisierte diese Sichtweise zwei Wochen später in Moskau: In einer Sitzung der Politkommission des EKKI referierte er die Auffassung der KPD-Spitze, derzufolge es nicht die SPD, sondern vor allem „die bürgerlichen Parteien sind, die die Faschisierung durchführen werde“.⁵⁶ Molotov, der sich Remmeles Referat anhörte, erkannte darin den Versuch, sich noch einmal von der Moskauer „Sozialfaschismus“-Interpretation zu distanzieren. Missgelaunt bemängelte Molotov daher, „dass der Gen. Remmele es für notwendig hält, seinen Artikel [„Schritt halten!“] erneut in jeder Beziehung zu verteidigen – das ist nicht richtig“. Allerdings wusste Molotov auch nicht so richtig, was er denn nun auf Remmeles Einwände antworten sollte – und so wurde erst einmal eine Kommission eingesetzt, die zu diesem Thema eine Resolution verfassen sollte.⁵⁷ Das knapp zwei Wochen später angenommene Dokument, von dem anzunehmen ist, dass es wieder mit Stalin abgesprochen worden war, sollte von der „Sozialfaschismus“-Doktrin retten, was zu retten war, indem eine neue Rolle für die „Sozialfaschisten“ gefunden wurde. Die „Bourgeoisie“, so wurde die KPD daher in einer „Weisung“ belehrt, habe der Sozialdemokratie nun „die überaus bedeutsame Rolle von Streikbrechern zuge-dacht“.⁵⁸

Vordergründig beugte sich die deutsche Parteiführung auch dieses Mal dem Druck aus Moskau, in jeder ihrer Verlautbarungen fortan als eine Art *ceterum censeo* die SPD zu verdammen: Als die KPD eine Woche später erstmals eine „Resolution zum Kampf gegen den Faschismus“ veröffentlichte, betonte sie darin, dass die „Faschisierung Deutschlands“ sowohl durch die „faschistischen Kampforganisationen als auch durch den bürgerlichen Staatsapparat und seine sozialfaschistischen Agenten“ erfolge. Der Kampf gegen den Faschismus sei daher undenkbar ohne den schärfsten Kampf gegen die SPD und deren Führung, „die eine entscheidende Waffe der Faschisierung darstellt“.⁵⁹ Doch nur auf den ersten Blick sah es so aus, als seien mit diesen Formulierungen die Vorgaben aus Moskau ge-

⁵⁵ Merker, *Der Kampf gegen den Faschismus*.

⁵⁶ Bericht Remmeles in der Sitzung der PK vom 17. 5. 1930, RGASPI 495/4/31: 6–71, hier: 30f. Ähnlich hatte auch die Kritik an Merker in der Resolution des Politbüros der KPD vom 5. 4. 1930 gelaute, in der betont worden war, „Sozialfaschismus“ sei nicht das Subjekt, sondern das Werkzeug der bürgerlichen Politik; abgedruckt in der Roten Fahne vom 8. 4. 1930.

⁵⁷ Molotov zum Bericht Remmeles in der Sitzung der PK vom 17. 5. 1930, RGASPI 495/4/31: 6–11, hier v.a.: 10f.

⁵⁸ Brief der PK vom 28. 5. 1930, RGASPI 495/19/520: 65–67, hier: 65.

⁵⁹ Resolution des Politbüros der KPD „zum Kampf gegen den Faschismus“ vom 4. 6. 1930, veröffentlicht in der Roten Fahne vom 15. 6. 1930.

treu übernommen worden, denn es hieß in der Resolution lediglich, dass die SPD „eine“ der entscheidenden „Waffen der Faschisierung“ sei, und darüber hinaus wurde die Sozialdemokratie erst an dritter Stelle der Liste der Gegner genannt. Die deutschen Sozialdemokraten werden aus dem Text die halbherzige Resistenz der KPD sicherlich kaum herausgelesen haben. In Moskau hingegen wurden diese Feinheiten sehr genau registriert und prompt wurde der deutsche Vertreter beim EKKI mit den Worten zur Rede gestellt: „Was für eine merkwürdige Einstellung, jetzt sollen auf einmal nicht mehr die Sozialfaschisten, sondern die Nationalfaschisten die große Gefahr sein!“⁶⁰ Dass dieser mündlichen Ermahnung kein neuerliches Schreiben an die deutsche Parteiführung folgte, lag daran, dass nur wenig später in Moskau selbst die Nationalsozialisten als entscheidende politische Gegner ausgemacht wurden.

3. Der Disput um die „faschistische Diktatur“

Obwohl sich Moskau und Berlin heftig darum stritten, ob die NSDAP oder die SPD für die „Faschisierung“ der Weimarer Republik bedeutsamer seien, fühlten sich die deutschen Spitzenfunktionäre weiterhin als die ideologischen „Musterknaben“ der Komintern, die sich in ihrer Linientreue nicht einmal von den sowjetischen Führungskadern im EKKI übertreffen lassen wollten. Welche absurden Folgen sich daraus ergaben, zeigt beispielhaft der Konflikt, der sich einige Monate später – im Dezember 1930 – zwischen der KPD-Führung und dem EKKI um den „faschistischen Charakter“ der Regierung Brüning entwickelte. Seinen Anfang nahm dieser Konflikt, als Reichskanzler Heinrich Brüning am 1. Dezember seine seit den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 erste Notverordnung nach Artikel 48 der Weimarer Verfassung erließ – sie also am Parlament vorbei durch eine Unterschrift des Reichspräsidenten von Hindenburg in Kraft setzte.⁶¹ Noch am gleichen Tage trat die KPD-Führung zusammen und erklärte diesen Schritt als den „Beginn der faschistischen Diktatur“.⁶² Zwar sind sich die Forscher heute darüber einig, dass 1930 mit dem Übergang zu den so genannten Präsidialregierungen tatsächlich ein entscheidender Schritt gemacht worden war, um die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik auszuhöhlen – von nun an bis 1933 wurden die Regierungen in Berlin gewissermaßen durch Kanzler „von Hindenburgs Gnaden“ geführt.⁶³ Allerdings war es natürlich völlig übertrieben, daraus

⁶⁰ Heckert am 28. 10. 1930 in der Sitzung des Präsidiums des EKKI im Rückblick auf den Juni 1930, RGASPI 495/2/136: 6–50, hier: 24. Er sagte in diesem Zusammenhang allerdings nicht, wer sich so geäußert hatte.

⁶¹ Die Verordnung sollte die Reichsfinanzen sanieren und sah unter anderem vor, die Beamtengehälter um sechs Prozent abzusenken und verschiedene Verbrauchssteuern zu erhöhen. Zu den Hintergründen der Notverordnung vgl. Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 255–267, und Hömig, Brüning, S. 249f.

⁶² Protokoll Nr. 99 des Sekretariates des ZK der KPD vom 1. 12. 1930, Pkt. 1, SAPMO BArch RY 1-I 2/5/3: 155.

⁶³ Vgl. Bracher, Auflösung, S. 322–330; Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 255–273; über die Zwickmühle der SPD, ob sie das gezielte Aushöhlen der verfassungsmäßigen Rechte

sogleich das definitive Ende der Demokratie abzuleiten – zumal Notverordnungen nach Artikel 48 bereits in früheren Jahren und auch von Brüning bereits Monate zuvor verabschiedet worden waren.

Die bereits am nächsten Tag in der *Roten Fahne* veröffentlichte Einschätzung der Regierung Brüning⁶⁴ erregte in Moskau beträchtliche Unruhe: In Abstimmung mit Molotov wurde von der Kominterführung beschlossen, der KPD ein Telegramm zu schicken, in dem die deutschen Führungsfunktionäre aufgefordert wurden, ihre Einschätzung zu revidieren.⁶⁵ Doch mit bemerkenswerter Hartnäckigkeit hielt die KPD-Führung an ihrer Überzeugung fest, dass Deutschland nun in das Stadium des Faschismus eingetreten sei: In einem Entwurf des KPD-Politbüros für eine Resolution „zur gegenwärtigen Lage“ in Deutschland, der Stalin Mitte Dezember zugeleitet wurde, hieß es erneut, dass sich die Regierung Brüning in eine „faschistische Diktatur“ verwandelt habe. Stalin jedoch ließ sich bei seiner Bewertung des Entwurfes von dem doppelt unterstrichenen Hinweis, dass der Text von der deutschen Parteiführung „einstimmig“ verabschiedet worden sei, nicht beeindrucken. Er strich den Satz über die „faschistische Diktatur“ durch und vermerkte auf der ersten Seite der Übersetzung, wie er den Text der KPD-Führung bewertete: „Taugt nichts. St[alin].“⁶⁶

Wenige Tage später kamen Thälmann und Neumann in Moskau an. Nach Stalins vernichtendem Urteil über den deutschen Resolutionsentwurf mussten sie für das im Januar 1931 anstehende ZK-Plenum zunächst gemeinsam mit Knorin einen neuen Text erarbeiten. Allerdings sprachen die KPD-Funktionäre auch in Moskau unbeirrt von der „Regierung der faschistischen Diktatur“. Die sowjetischen Funktionäre dagegen wollten diesen Begriff um jeden Preis vermeiden. Umständlich und mit unfreiwilliger Komik hatten die Kominternvertreter die strittige Frage in ihrem Gegenentwurf als Kompromiss formuliert: „Die Diktatur des Kapitals in Deutschland hat gegenwärtig die Form einer ausreifenden, wenn auch noch nicht ausgereiften faschistischen Diktatur.“⁶⁷

Letztlich war aufgrund der Renitenz der deutschen Parteiführung wieder Stalin als Schiedsrichter gefragt: Nach offensichtlich zähen Verhandlungen zwischen

des Reichstages durch die Tolerierung der Notverordnungen hinnehmen solle oder nicht, vgl. Schönhoven, *Der demokratische Sozialismus im Dilemma*.

⁶⁴ [Heinz Neumann], *Die Lage*, in: *Die Rote Fahne* vom 2. 12. 1930. Die Autorenschaft Neumanns ergibt sich aus der Aussage Thälmanns in der Sitzung der PK am 14. 5. 1932, RGASPI 495/4/188a: 29–36, hier: 31.

⁶⁵ Vgl. Protokoll Nr. 105 der PK vom 8. 12. 1930, Pkt. 5, RGASPI 495/4/73: 2, und Protokoll Nr. 20 des PB der VKP(b) vom 15. 12. 1930, Entscheidung 18/23 vom 10. 12. 1930, RGASPI 17/162/9: 94. „Entscheidungen“ wurden außerhalb der Sitzungen des Politbüros gefasst und in die nachfolgenden Protokolle aufgenommen. Die im Protokoll erwähnten Personen haben sich mit den entsprechenden Punkten befasst, in diesem Falle waren dies Molotov, Knorin, Manuilskij und Pjatnickij. Der Text des Telegrammes befindet sich in den geschlossenen Beständen der OMS, des Geheimdienstes der Komintern.

⁶⁶ Resolutionsentwurf des Politbüros der KPD zur gegenwärtigen Lage, Übersetzung vom 18. 12. 1930, RGASPI 558/11/139: 66–75, die Bemerkung Stalins auf Blatt 66, der durchgestrichene Satz auf Blatt 67.

⁶⁷ Entwurf für eine „Resolution des Politbüros der KPD zur Charakteristik der gegenwärtigen Lage“ vom 22. 12. 1930, RGASPI 558/11/139: 76–87, hier: 77f.

Neumann, Thälmann und Knorin wurde ihm ein Entwurf mit zwei deutlich gekennzeichneten Varianten präsentiert: erstens die Fassung der „deutschen Genossen“ und zweitens die der Kominternführung.⁶⁸ Am späten Abend des 22. Dezember wurde die Kominternführung gemeinsam mit den deutschen Genossen von Stalin in dessen Arbeitszimmer empfangen⁶⁹, um dort über den Resolutionsentwurf zu diskutieren. Die KPD-Funktionäre waren selbst jetzt noch nur schwer von ihrer Überzeugung abzubringen. „Es war ein hartnäckiger Kampf, bis die Partei diese Parole fallen ließ“, bemerkte Pjatnickij später über die Gespräche.⁷⁰

Zwar stellten sich die deutschen Kommunisten nach dem Gespräch im Kreml weiterhin als gehorsame Parteisoldaten dar: Dem EKKI berichtete die KPD-Führung nach der Rückkehr Thälmanns und Neumanns aus Moskau eifertig, aufgrund der „Besprechungen mit der Exekutive und dem Genossen Stalin“ sei in „den Fragen der Analyse der gegenwärtigen Situation“ in Deutschland „eine gewisse Klärung“ vorgenommen worden.⁷¹ Und tatsächlich enthielt die Resolution, die das Zentralkomitee der KPD am 16. Januar 1931 schließlich verabschiedete, die von Moskau verlangten, gedrechselten Formulierungen über die erst noch „ausreifende“ Diktatur, die in der *Roten Fahne* im eingerückten Fettdruck wiedergegeben wurden.⁷² Dennoch blieb die deutsche Parteiführung fest davon überzeugt, dass sie mit ihrer ursprünglichen Einschätzung der Regierung Brüning auf dem Boden der bisherigen EKKI-Beschlüsse gestanden hatte. Als Knorin im Januar 1931 nach Berlin reiste, um zu kontrollieren, wie die Moskauer Anweisungen umgesetzt wurden, sah er sich weiterhin mit KPD-Funktionären konfrontiert, die ihm offen erklärten: „Wir haben [in Deutschland] alles, wodurch im Programm [der Komintern] die faschistische Diktatur definiert wird, plus noch mehr.“⁷³ Hatten die KPD-Funktionäre im Frühjahr 1930 noch darauf gepocht, die tatsächliche innenpolitische Entwicklung in Deutschland bei der Einschätzung der Lage stärker zu berücksichtigen, so zeigten sie sich nun als ultradogmatische Vertreter der reinen Linie, die meinten, sie könnten selbst ihren bolschewistischen Lehrmeistern in dieser Beziehung ein Vorbild sein.

Wieso legten Stalin und die Komintern aber so großen Wert darauf, dass das Kabinett Brüning *nicht* als „faschistische Diktatur“ bezeichnet wurde, wo sie doch in Bezug auf die „Sozialfaschismus“-Doktrin die Grenzen offenkundig viel weiter zogen? Wie bei den meisten Eingriffen Moskaus so ist auch hier bislang vor

⁶⁸ Ebenda.

⁶⁹ Korotkov, Posetiteli kremlevskogo kabineta I. V. Stalina, Teil I, S. 27.

⁷⁰ Pjatnickij in der Sitzung der PK vom 15. 3. 1932, RGASPI 495/4/177: 13–28, hier: 15. Später wurde Neumann angelastet, der Hauptverantwortliche gewesen zu sein. Vgl. Thälmanns Ausführungen in der Sitzung der PK vom 14. 5. 1932, RGASPI 495/4/188a: 29–36, hier: 31, und Pjatnickij, Die Arbeit der Kommunistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands, S. 18.

⁷¹ Bericht der Orgabteilung der KPD über die Vorbereitung der Tagung des ZK der KPD vom 13. 1. 1931, RGASPI 495/293/117: 5–10, hier: 5.

⁷² „Die nächsten und höheren Aufgaben der KPD. Resolution zur politischen Lage und den Aufgaben der Partei“, in: Die Rote Fahne vom 21. 1. 1931.

⁷³ Brief „Sokoliks“ [d.i. Knorin] an Pjatnickij vom 10. 1. 1931, RGASPI 508/1/124: 35f., hier: 35. Aus einer Notiz auf dem Brief ist ersichtlich, dass Pjatnickij den Brief an Molotov weiterleitete.

allem auf die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion verwiesen worden: Nachdem sich die deutsch-sowjetischen Beziehungen im Laufe des Jahres 1930 wieder etwas normalisiert hatten, sollten sie nicht durch die Ausfälle der KPD erneut beschädigt und Deutschland somit wieder näher an Frankreich gedrängt werden.⁷⁴ Diese These klingt auf den ersten Blick einleuchtend, doch erstaunlicherweise spielten die Äußerungen der KPD über die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 in den Berichten der sowjetischen Diplomaten aus dieser Zeit überhaupt keine Rolle: Als der sowjetische Botschafter in Berlin, Lev M. Khinchuk, dem stellvertretenden Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Krestinskij, im Februar 1931 über die Ereignisse rund um Brüning's Notverordnung berichtete, konzentrierte er sich vielmehr auf die SPD, die sich seinen Worten zufolge durch ihre Tolerierungspolitik vom „letzten Gegner“ des Artikels 48 zu seinem „Hauptbefürworter“ gewandelt habe.⁷⁵

Entscheidend dürfte daher die Furcht der Moskauer Funktionäre gewesen sein, dass sich die KPD-Mitglieder und die kommunistischen Wähler nicht mehr mobilisieren ließen, wenn sie den Kampf gegen die „faschistische Diktatur“ entweder bereits für verloren oder aber diese „Diktatur“ als bloße Variante der bisherigen Regierungen hielten. Pjatnickij erklärte der KPD-Spitze später, diese erste Notverordnung nach der Reichstagswahl vom 14. September sei in der Bevölkerung als wenig dramatisch empfunden worden: Jeder „Arbeiter, wenn man ihm sagte, dass die Notverordnung dazu geführt hat, dass der Faschismus in Deutschland gesiegt hat, konnte sagen: der Faschismus ist nicht so schlimm“.⁷⁶ Um eine wirkliche faschistische Diktatur zu errichten, erläuterte Manuilskij wenige Wochen nach dem Eingriff Moskaus auf einer Kommissionssitzung des EKKI Anfang 1931, müsse der Arbeiterklasse doch „zumindest“ eine schwere Niederlage zugefügt werden. „Wenn aber die Arbeiterklasse nicht zerschlagen ist, dann darf man auch nicht von einer faschistischen Diktatur reden.“⁷⁷

Diese Differenzierungen hatten einen Haken – sie säten erneut Zweifel an der „Sozialfaschismus“-Doktrin. Denn wenn Brüning's Regierung trotz Notverordnungen nicht „faschistisch“ war, weshalb sollte man dann die parlamentarisch abgestützte Politik der SPD als „sozialfaschistisch“ deklarieren? Manuilskij erkannte diesen Widerspruch und zog sich mit der dürtigen Einschränkung aus der Affäre, dass man natürlich keine „chinesische Mauer“ zwischen der parlamentarischen Demokratie und dem Faschismus errichten dürfe, wie dies Remmele im Frühjahr 1930 getan habe.⁷⁸ Der KPD-Führung wurde aus Moskau eine weitere Variante der altbekannten Floskel mitgegeben, „dass der Unterschied zwischen der bürgerlich-demokratischen und der faschistischen Staatsform im Rahmen der Diktatur des Kapitals nur relativ“ sei.⁷⁹

⁷⁴ Vgl. u. a.: Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, S. 49–53.

⁷⁵ Brief Khinchuks an Krestinskij vom 10. 2. 1931, AVP RF 082/14/63/5: 29–34.

⁷⁶ Pjatnickij in der Sitzung der PK vom 15. 3. 1932, RGASPI 495/4/177: 13–28, hier: 15.

⁷⁷ Manuilskij in der Sitzung der Kommission zum Kampf gegen Faschismus und Sozialfaschismus vom 26. 1. 1931, abgedruckt in: Komalova (Hg.), Komintern protiv fashizma, S. 263.

⁷⁸ Ebenda.

⁷⁹ So die in Moskau formulierte und vom ZK der KPD im Januar offiziell „verabschiedete“

An diese Formel erinnerten die Kominternfunktionäre während der verbleibenden zwei Jahre bis zur Machtübertragung an Hitler immer wieder: So warnte Manuilskij im April 1931 auf dem XI. EKKI-Plenum vor „allen krampfhaften theoretischen Bemühungen, die Kriterien der faschistischen Art der bürgerlichen Herrschaft zu suchen“, weil dies schließlich dazu führe, den Faschismus als einen eigenständigen Staatstyp zu definieren: Es bleibe „grundfalsch“, beispielsweise einen prinzipiellen Unterschied zwischen der SPD und der NSDAP finden zu wollen.⁸⁰

Mit ihren widersprüchlichen Stellungnahmen stiftete die Komintern enorme Verwirrung: Wenn sich die parlamentarische Demokratie im Prinzip nicht von der faschistischen Diktatur unterschied, wenn die Regierung Müller bereits eine „Regierung zur Durchführung einer faschistischen Diktatur“⁸¹ gewesen war und die Regierung Brüning nun für eine „faschistische Diktatur“ stand, die „ausreift, wenn auch noch nicht ausgereift ist“ – dann war der Unterschied zwischen all diesen Regierungsformen vernachlässigbar und der Begriff des Faschismus insgesamt wertlos.

Es kann daher nicht verwundern, dass die schillernden Faschismus- und Diktatur-Definitionen an der kommunistischen Basis eine heillose Verwirrung stifteten: Anfang 1932 berichtete Thälmann nach Moskau, dass laut einer Umfrage unter etwa 1000 KPD-Funktionären „nur 5% eine einigermaßen richtige Antwort über die Frage des Faschismus geben konnten“.⁸²

„Resolution zur politischen Lage und den Aufgaben der Partei“, abgedruckt in: Die Rote Fahne vom 21. 1. 1931.

⁸⁰ Schlusswort Manuilskijs auf dem XI. EKKI-Plenum am 6. 4. 1931, RGASPI 495/169/87: 32. Mit den gleichen Argumenten auch der Vortrag Knorins im MELS des EKKI am 8. 1. 1932, RGASPI 495/28/172: 20.

⁸¹ Vgl. Brief Heckerts an Sekretariat des ZK der KPD vom 20. 1. 1930, RGASPI 495/292/50: 14–16.

⁸² Brief Thälmanns an Pieck vom 8. 1. 1932, RGASPI 495/292/61: 4 f., hier: 4.